



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 3,- Mk. — Anzeigen: die dreigespaltene Petitzeile 2,- Mk., Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsverzeichnis.

Für die Woche vom 13. bis 19. März 1921 ist die Beitragsmarke in das mit 12 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Die Zahlstelle Brandenburg a. S. erhöht ab 14. Beitragswoche den Ortszuschlag für alle Mitglieder auf 30 Pf.

Die Zahlstelle Ansbach erhebt laut Beschluß ihrer Generalversammlung einen Lokalbeitrag von 25 Pf.

Die Zahlstelle Pommern hat den Lokalbeitrag für jugendliche Mitglieder auf 20 Pf. festgelegt und den Ortszuschlag für Mitglieder über 16 Jahre auf 50 Pf. erhöht.

Der Verbandsvorstand erteilt hierzu seine Genehmigung.

Der Verbandsvorstand.
F. A. C. Bucher, 1. Vorsitzender.

Taylor-System und Arbeiterseele

Eine brennende Frage.

I.

Die Absicht des amerikanischen Ingenieurs Taylor geht dahin, die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters und dadurch die Leistung der Gesamtwirtschaft möglichst zu steigern. Als Mittel hierzu schlägt er vor: die peinlichste Berücksichtigung der körperlichen und geistigen Fähigkeiten des Einzelnen bei der Wahl eines Berufs, damit die richtigen Leute an die richtige Stelle gestellt werden, sodann die gründlichste Auszubildung und Schulung innerhalb des Berufes, ferner die Einführung der vollkommensten Werkzeuge und der besten Arbeitsmethoden, wobei das gegenseitige Hand-in-Handarbeiten eine wichtige Rolle spielt, und endlich die Bedienung des Interesses der arbeitenden Person an ihrer Arbeit durch Akkordlohn und Prämien-system. Auf diese Weise soll Wissenschaft und Technik in den Dienst der Produktion gestellt werden, damit die Menschen befähigt werden, hohe Leistungen zu vollbringen. Hierbei muß hervorgehoben werden, daß der Erfinder und Begründer dieses Systems seine neue Methode nicht angewandt wissen will lediglich zum Vorteil des Unternehmers, sondern daß auch die Arbeiter und Angestellten ihren entsprechenden Anteil haben sollen an den höheren Erträgen der Wirtschaft. Taylor verwaht sich ausdrücklich dagegen, daß er im Interesse des Kapitals arbeite, er ist überzeugt, daß er zum Wohle der gesamten Menschheit wirke, die eine Steigerung der Arbeitserträge bedingte, da nur hierdurch eine ausreichende Bedarfsdeckung ermöglicht werde.

Wenn wir auch in die edle Absicht Taylors keinen Zweifel setzen wollen, so steigen uns doch Bedenken auf, ob das Unternehmertum geneigt sein wird, sie zu respektieren und im Sinne Taylors zu handeln. Bisherlang hat es der Kapitalismus noch immer verstanden, alle neuen Erfindungen der Technik und der Wissenschaft als Wasser auf seine Mühle zu lassen. Der Menschengeist hat es fertig gebracht, die Absicht, den Arbeitsaufwand zu vermindern und zugleich die Arbeitsleistung zu steigern, diesen Willen, der sich wie ein roter Faden durch die Entwicklungsgeschichte der Menschheit hindurchzieht, immer mehr zu verwirklichen, aber jedesmal, wenn dies gelang, haben die herrschenden und bestechenden Klassen den Vorteil davon gehabt. Die Menschen haben die Tiere gezähmt und zur Arbeit abgerichtet, sie haben Werkzeuge erfunden und verbessert, sie haben bessere Arbeitsmethoden entdeckt, sie haben Arbeitsmaschinen von hoher Leistungsfähigkeit hergestellt, sie haben die Naturkräfte (Wasser, Luft, Dampf, Elektrizität) in ihren Dienst gezwängt, aber den überwiegenden Anteil an diesen Erfindungen hat das Kapital mit Beschlag belegt. Der bekannte englische Philosoph und Rationalist John S. St. Mill hat wohl recht, wenn er behauptet, daß durch alle Fortschritte der Technik die Arbeitsmühe der Unterschichten nicht um einiota vermindert worden sei. Und so droht auch jetzt wieder die Gefahr, daß der Kapitalismus das Taylor-System zu seinen selbstsüchtigen Zwecken mißbrauchen und in eine erfolgreiche Ausbeutungsmethode verwandeln wird. Allerdings läßt sich diese Gefahr dadurch abwenden, daß die Gewerkschaften als geschlossene Ein-

heit der Ausbeutungsgier des Kapitals die Spitze bieten, und daß die Betriebsräte zu einer Macht werden, mit der das Unternehmertum rechnen muß. Da es sich hier um technische Fragen handelt, die innerhalb der einzelnen Berufe und Betriebe gelöst werden müssen, so versteht es sich von selbst, daß ein hoher Grad von Sachkunde, Erfahrung und Verantwortlichkeitsgefühl dazu gehört, wenn die Betriebsräte dieser Aufgabe gerecht werden wollen. Zweifellos wird das Taylor-System auch in Deutschland kommen, darum gilt es, ihm die kapitalistischen Zähne auszubrechen.

Neben der wirtschaftlichen Seite hat das Taylor-System auch eine psychologische (seelische) Seite. Unterbreiternamen hat die moderne Menschheit ein Anrecht darauf, daß die Arbeitsleistungen und Arbeitserträge aufs höchste gesteigert werden, weil nur auf diesem Wege eine höhere Massenkultur erreicht werden kann. Darum hat jeder einzelne Mensch die Pflicht, sich bis zu einem gewissen Grade diesem Zwecke unterzuordnen, indem er seine Fähigkeiten und Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit stellt und auf einen Teil seiner persönlichen Freiheit und Bequemlichkeit verzichtet. Die Arbeitspflicht und die damit verbundenen Unannehmlichkeiten und Freiheitsbeschränkungen muß jedes Glied einer menschlichen Gemeinschaft auf sich nehmen, sofern es seinerseits Ansprüche erhebt an die Allgemeinheit. Darüber darf aber niemals vergessen werden, daß das Arbeiten und Wirtschaften nicht Selbstzweck ist, sondern nur Mittel zum Zweck, und daß die menschliche Persönlichkeit höher steht, als die Sachen, die sie gebraucht. Der Mensch lebt nicht, um zu arbeiten, sondern er arbeitet, um zu leben, so lautet ein altes Wahrspruch, und in der Bibel steht der wunderbare Spruch: „Was nicht es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, aber Schaden litte an seiner Seele?“ Das will besagen, daß die technischen Fortschritte nicht durchgesetzt werden sollen auf Kosten der Gesundheit und des seelischen Wohlbefindens der Arbeiter. Eine hohe Arbeitsleistung, so wünschenswert und notwendig sie ist, darf nicht die Gefahr in sich bergen, Lebenswerte zu vernichten und den Menschen seelisch arm zu machen, die Berufsarbeit, eine innere Notwendigkeit für jeden normalen Menschen, darf nicht zu einem Fluche werden, zu einer drückenden Last, die uns innerlich aushöhlt und austrocknet. Neben der Kräfteanspannung, die die moderne Wirtschaft nun einmal fordert, muß auch die Arbeiterseele Berücksichtigung finden, es muß eine Verbindung hergestellt werden zwischen Technik und Seele. Diese Aufgabe will die Psycho-technik lösen, sie ist es, die auch das Taylor-System befruchten und seine richtige Anwendung beeinflussen muß. Psychologie (Seelenkunde) und Technik (Arbeitskunde) müssen sich gegenseitig durchdringen und ergänzen, wenn die Arbeitsleistungen gesteigert werden sollen, ohne daß das Leben der Massen darunter leidet.

Schon bei der Frage der Berufsberatung und der Berufswahl hat die Psycho-technik eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Man darf wohl annehmen, daß jeder Mensch eine innere Berufung hat zu irgendeiner Beschäftigung, zu der er sich hingezogen fühlt, zweifelhaft ist aber, ob er sich in jedem Falle zu diesem Berufe auch eignet, ob er die nötigen Anlagen und Fähigkeiten dazu mitbringt. Ist dies nicht der Fall, so wird er in seinem Berufe wenig leisten, und es wird sich bald eine innere Unlust einstellen, die keine Befriedigung aufkommen läßt und die Arbeit zu einer Qual macht. Selbst wenn noch verhält sich die Sache, wenn ein junger Mensch in seinem Beruf durch rein äußerliche Umstände oder durch Zufälligkeiten hineingerät, so daß weder von einer Berufung, noch von einer Eignung gesprochen werden kann. Diese Art der Berufswahl ist heutzutage wohl die verbreitetste, woraus sich der Mangel an Berufsfreiheit und die hohe Ziffer der Berufsveränderungen erklärt. Soll hier Wandel geschaffen werden, so ist eine genaue Eignungsanalyse des Einzelnen nötig, die ihn auf dem nächsten Wege zu jenem Berufe führt, für den er sich körperlich und geistig eignet. Allerdings birgt diese Methode die Gefahr in sich, daß dadurch eine Verarmung und Verengung des Menschen eintritt, da ihm die Mäglichkeit genommen wird, auf ungewissen Erfahrungen zu sammeln und dadurch seinen Horizont zu erweitern, aber da nun einmal die Gesellschaft ein berechtigtes Interesse daran hat, daß die wichtigsten Mittel zur Steigerung der Arbeitsleistung, nämlich die Fähigkeiten und Begabungen der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden, so läßt sich ein gewisser Zwang auf diesem Gebiete nicht entbehren. Ebenso wenig wie ein Mensch das Recht hat, seine Anlagen und Fähigkeiten

ungenutzt brach liegen zu lassen, ebenso wenig darf er auch Anspruch darauf erheben, sie eigenmächtig zum Nachteil der Gemeinschaft zu verwenden. Eine absolut freie Berufswahl kann es also in einer sozialistischen Wirtschaftsweise nicht geben — in einer kapitalistischen Wirtschaft besteht sie aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen überhaupt nicht — doch steht zu hoffen, daß die Gewöhnung in dieser Beziehung ausbleiben werden wird, und daß schließlich auch ein Berufswechsel im Bereiche der Mäglichkeit liegt. Auf jeden Fall hat die Psycho-technik die Aufgabe, bei der Berufsberatung die Berufung und Eignung des Einzelnen sowie den Anforderungen und Notwendigkeiten des Berufs zu vergleichen, damit eine verhältnismäßig richtige Wahl getroffen wird. Dabei niemals vergessen werden darf, daß der Sozialismus kein Individualismus ist, und daß es in einem planmäßig geordneten Wirtschaftsleben, das hohe Erträge erzielen soll, keine schrankenlose Freiheit, sondern lediglich eine ergaßliche Freiheit, ein Selbstbestimmungsrecht im Rahmen des wirtschaftlichen Organismus, geben kann. Der Seele des Einzelnen soll möglichst frei sein, aber er ist immer an die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und an die Forderung einer hohen Arbeitsleistung gebunden.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Forderungen der deutschen Gewerkschaften.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der mit den maßgebenden Stellen im Reich in den letzten Wochen wiederholt über eine Hilfe der großen Arbeitslosen in Deutschland verhandelt hat, veröffentlicht jetzt die nachstehenden formulierten Forderungen, die er an die Reichsregierung gestellt hat. Der größte Teil dieser Forderungen war schon Gegenstand der erwähnten seitigen Verhandlungen, deren Verlauf zu der Hoffnung berechtigt, daß sie nach Mäglichkeit Berücksichtigung finden werden, weil auch die Regierung sich des Ernstes der Lage bewußt zu sein scheint. Das Schreiben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Reichsregierung, worin er seine Forderungen zusammengestellt hat, wurde unterbreitet hat, datiert vom 26. Februar und hat folgenden Wortlaut:

Die große und andauernd steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland, deren zerkündernde moralischen und volkswirtschaftlichen Folgen immer verheerender werden, erfordert dringend außerordentliche Maßnahmen. Der seitige Weg, die Erwerbslosen durch Gewährung laufender Unterstützung aus öffentlichen Mitteln notwendig über Wasser zu halten, kann wegen der völlig ungenügenden Höhe der Unterstützung, die trotzdem in ihrer Gesamtsumme eine fast völlige Bedeckung der Finanzen des Reiches und der Länder darstellen, nicht als Ausweg aus dieser unheimlichen Krise angesehen werden. Dem dieser Weg hat das Überleben der Arbeitslosen nicht verbürgt und auch die Arbeitslosen vor dem Verfall in immer größerem Maße nicht bewahrt.

Mit Recht verlangen die unerschöpflichen Arbeit und ausreichenden Verdienst an der Unterhaltung, die auch bei weiterer Erhöhung doch immer unzureichend bleibt. Aber auch aus volkswirtschaftlichen Gründen ist es nicht zu rechtfertigen, noch länger an der unproduktiven Verwendung der armen Zahlen für Erwerbslosenunterstützung festzuhalten. Es muß vielmehr über den Rahmen der seitigen Maßnahmen weitgehend die sog. produktive Erwerbslosenräherne hinaus geordnet werden, daß möglichst für alle Arbeitslosen auf schnellstem Wege Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Da dies der privaten Initiative bisher nicht gelungen ist und auch in absehbarer Zeit nicht gelingen wird, ist ein sofortiges Eingreifen des Reiches, der Länder und der Gemeinden eine dringende Notwendigkeit.

Aus diesen Erwägungen erhebt der Allgemeine Deutschen Gewerkschaftsbund folgende Forderungen:

1. Sofortige Finanzmaßnahme öffentlicher Arbeiten in weitestem Umfang. In erster Linie sind für die öffentlichen Verkehrsbetriebe erforderlichen Erneuerungsarbeiten ohne jeden Verzug in Auftrag zu geben. Die Mittel für weitere öffentliche Arbeiten sind schleunigst bereitzustellen.
2. Bei der Berechnung dieser Ausgaben sind die von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Bezirke in erster Linie zu berücksichtigen. Den Unternehmern ist die Verpflichtung aufzuerlegen, entsprechende Vor-

Größe des jeweiligen Auftrages Arbeitslose einzustellen. Zu diesem Zweck ist, soweit dies technisch durchführbar ist, eine verkürzte Arbeitszeit einzuführen oder diese beizubehalten, soweit sie bereits besteht. Wo durch Schichtwechsel mit verkürzter Arbeitszeit die doppelte Arbeiterzahl beschäftigt werden kann, ist eine solche Bedingung bei Uebertragung öffentlicher Aufträge vorzuschreiben.

- Zweit die vorhandenen Betriebe einzelner Industriezweige nicht ausreichen, bestimmte Arten der verfügbaren Aufträge allein auszuführen, ist zum Zweck der Unterbringung der Arbeitslosen ein entsprechender Teil dieser Aufträge an geeignete andere Betriebe zu vergeben. Nötigenfalls ist die Umstellung von Betrieben zur Herstellung dieser Arbeiten sofort zu veranlassen.
- Alle Arbeitsaufträge der öffentlichen Verwaltungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden sind als Staatsarbeiten zu erklären, bei denen der Unternehmensgewinn auf ein den Verhältnissen angemessenes Maß zu begrenzen ist. Den Arbeitern sind, um Arbeitsfreilichkeit möglichst zu verneiden, die Tariflöhne sicherzustellen.
- Zur Mitbestimmung bei der Regelung der Auftragsvergabe, soweit es sich um die in Ziffer 2-4 vorgesehene Verpflichtungen handelt, sind Vertreter der Gewerkschaften zuzuziehen.
- Wo es auf keinem anderen Wege möglich ist, den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, ist zu verlangen, daß allgemein, also auch für private Aufträge, die Arbeitszeit der noch voll Beschäftigten verkürzt und nach Möglichkeit Schichtwechsel eingeführt wird. Die seither Vollbeschäftigten werden zu diesem Opfer an die gänzlich Arbeitslosen bereit sein, wenn die in Ziffer 7 folgende Forderung erfüllt wird.
- Allen Kurzarbeitern ist der bei der verkürzten Arbeitszeit entstehende Lohnausfall zu zwei Dritteln von den Arbeitgeber zu ersetzen. Das Reich und die Länder übernehmen die Hälfte der den Arbeitgebern hieraus erwachsenden Kosten auf die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Diese Maßnahme kann aber nur eine vorübergehende und nicht von langer Dauer sein, sondern es muß mit Hinblick auf die Existenzmöglichkeit der Kurzarbeiter in der jetzigen leeren Zeit alles angewendet werden, um die Kurzarbeit baldigt wieder in Vollarbeit umzuwandeln.
- Die Velebung des Baugewerbes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau ist mit größter Eile als bisher zu betreiben. Als Ziel aller Maßnahmen auf diesem Gebiete hat in erster Linie und noch vor der Bekämpfung der Wohnungsnot die Befreiung der Arbeitslosigkeit zu gelten.
- Für diejenigen Arbeitslosen, denen auch durch die Erfüllung vorstehender Forderungen keine Arbeit verschafft werden kann, ist eine weltgehende, den Feuerungsverhältnissen angemessene Erhöhung der laufenden Unterstützung zu beschließen, damit diese Arbeitslosen mit ihren Familien vor dem Verhungern geschützt werden. Zu dem gleichen Zweck ist die Schulpflicht für Kinder unemittelter Eltern einzuführen und auszubauen.
- Damit aus der Durchführung vorstehender Maßnahmen keine weitere Steigerung der Inflation eintritt, wird mit allem Nachdruck die sofortige Einhebung aller Verschleissverträge.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
E. H. Leipart."

Die Stellungnahme des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat am 9. Februar an die angeschlossenen Organisationen folgendes Rundschreiben erlassen:

Werte Genossen!

Die gewerkschaftliche Internationale kann sich gegenüber der in allen Ländern zutage tretenden enormen industriellen Krise nicht gleichgültig verhalten.

Alle an die angeschlossenen Organisationen einlangenden Nachrichten sowie die Meldungen in der Presse zeigen, daß die Arbeitslosigkeit immer größere Dimensionen annimmt. In allen Zweigen der Produktion gehen die Unternehmer zur Schließung von Fabriken und Werksstätten über oder lassen kürzere Zeit arbeiten. Von überall kommen Nachrichten, daß man die Arbeiter zu zwingen versucht, sich eine Herabsetzung der Löhne gefallen zu lassen.

Das Bureau der gewerkschaftlichen Internationale hat hierzu Stellung genommen; es kann die Argumente der Unternehmer, die eine Einschränkung der Produktion für nötig erklären, nicht gelten lassen. Es stellt fest, daß vor wenigen Monaten noch die Unternehmer erklärten, daß die Produktion vermehrt werden müsse, und sich gerade auf diesen Standpunkt beriefen, um damit die Arbeiterforderungen zu bekämpfen.

Es ist unmöglich, zu behaupten, es wäre zu viel produziert, während infolge des Krieges die entscheidende Verarmung in der Welt herrscht, die meisten Länder vom Elend heimgegriffen und die Ruinen noch nicht aufgebaut sind.

Man kann nicht sagen, die Lebensmittelproduktion weise ein Uebermaß auf, während Hunderttausende von Arbeiterfamilien nicht genug haben, um leben zu können.

Es ist unerhörte, daß in Amerika, in England, in Frankreich und Deutschland Spinnereien stillstehen, während Millionen Frauen und Kinder ohne Kleidung sind. Es ist eine Schmach, daß enorme Mengen von Baumwolle vernichtet werden konnten, daß große Vorräte von Wolle unbenutzt liegen bleiben, die Fabriken unter Wollstoffmangel leiden, während es in den meisten Haushalten mehr als je an Wäsche fehlt.

Ein derartiger, durch den Egoismus der kapitalistischen Unternehmer hervorgerufene Zustand, der ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl nur ihre persönlichen Interessen im Auge haben, bedeutet an sich eine Verurteilung des Systems, das berartige Mißbräuche möglich macht.

Die Annahme der Unternehmer, diese Krise auszunutzen, um die Löhne herabzusetzen, ist eine unverkennbare Prognose gegenüber den Arbeitern. Sie kann nur dazu führen, das Elend zu verneuern und die Krise zu verschärfen. Denn wenn die Unternehmer sich über den mangelnden Absatz ihrer Vorräte beklagen, so vergessen sie dabei, daß es die gegenwärtigen Existenzbedingungen sind, die die Arbeiter zwingen, ihre Einkünfte zu beschränken.

Die Arbeiterorganisationen müssen dieses Vorgehen mit allen Kräften bekämpfen und in den immer mehr anschwellenden Massen der Arbeitslosen den Kampfwille und den Kampfwillen im Sinne der auf dem Londoner Gewerkschaftskongreß formulierten Forderungen entwickeln.

Die industrielle Krise ist über die ganze Welt verbreitet; eine Abhilfe kann nur eine internationale Aktion bringen. Es kann in der gegenwärtigen Lage der verschiedenen Länder für eine Arbeitslosigkeit kein Ansehen sein, wenn die Regierungen den durch die Kapitalisierungen verursachten Problemen eine Lösung im Sinne der von den Arbeitern formulierten Forderungen geben, die die verarmten Nationen instand setzen würde, die für die Befriedigung der dringenden Bedürfnisse der Individuen wie der Industrie nötigen Anschaffungen vorzunehmen, während sie den günstiger gestellten Nationen die Möglichkeit bieten würde, ihre Waren abzusetzen.

Das Bureau der gewerkschaftlichen Internationale macht die Arbeiterorganisationen aller Länder nochmals darauf aufmerksam, daß das Anwachsen des nationalen Reichtums die Verelendung der Arbeiter zur Folge haben kann, und fordert sie daher auf, die Politik des wirtschaftlichen und finanziellen Imperialismus, dessen Wirkungen sich gegen die Arbeiter zeigen, zu bekämpfen.

Das Bureau ersucht die angeschlossenen Zentralen dringend, die internationale Verteilung der Rohstoffe zu fordern. Es ist unzulänglich, daß zum Beispiel in gewissen Ländern Kohlenmangel herrscht, während in England, im Saargebiet und selbst in Frankreich die Kohlenproduktion teilweise stillgelegt wurde oder eine Stilllegung bevorsteht, weil sich die Kohlen in den Schächten häufen.

Das Bureau ruft die Zentralen auf, die systematische Propaganda für die Sozialisierung der Produktionsmittel im Sinne der Londoner Beschlüsse fortzusetzen und noch zu verstärken. Wenn die Produktion nicht mehr den Nutzen einzelner dienen, sondern ausschließlich zugunsten der Gesamtheit funktionieren wird, wird von einer Verminderung der Produktion oder einer erzwungenen Arbeitslosigkeit nicht mehr die Rede sein können.

Das Bureau fordert das organisierte Proletariat der verschiedenen Länder auf, die Manöver, die unter der Androhung der Schließung der Fabriken und unter Ausnutzung des Elends auf eine Herabsetzung der Löhne abzielen, mit einer energischen Propaganda zu beantworten und dieser die größtmögliche Ausdehnung zu sichern.

Es ist weiter die Pflicht des Bureau, die Landeszentralen auf die Notwendigkeit zu verweisen, mit allen Mitteln eine Krise zu bekämpfen, die der Weltreaktion alle Waffen gegen die Arbeiter und ihre Organisationen an die Hand gibt.

Indem wir Sie ersuchen, die gewerkschaftliche Internationale von Ihrem im Hinblick auf dieses Schreiben genommenen Maßnahmen auf dem Laufenenden zu halten, verbleiben wir

Mit brüderlichen Grüßen

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes,
L. Jouhaux, 1. Vorsitzender; C. Mertens,
2. Vorsitzender; E. B. Filmen, Sekretär;
J. Dudgeest, Sekretär.

Das Existenzminimum im Februar 1921

Von Dr. R. Kuchynski,
Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Die Kosten des Existenzminimums waren im Februar 1921 etwas niedriger als im Vormonat, aber um rund ein Fünftel höher als im Februar 1920. In Groß-Berlin kosteten Brot, Milch und Gas 10 mal soviel wie vor sieben Jahren, Margarine und Britten 14 mal soviel, Zucker 15 mal soviel, Kartoffeln 22 mal soviel. Dabei sind die Schlichthandelspreise noch nicht berücksichtigt. Von Februar 1920 bis Februar 1921 stieg der Preis für ein Pfund Brot von 63 Pf. auf 1,18 Pf., Kartoffeln von 25 Pf. auf 55 Pf., Zucker von 1,40 Pf. auf 3,80 Pf. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von Februar 1921 bis Februar 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Zwösfache. In den vier Wochen vom 31. Januar bis zum 27. Februar wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Februar 1921	Preis Februar 1920
7900 Gramm Brot	1800	185
800 " Weizenmehl	570	24
125 " Teigwaren	300	10
1000 " Fleisch und Speck	2225	175
700 " Zucker	592	85
Zusammen	5325	429

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 53,25 Pf. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 4,29 Pf. kaufen. Diese rationierten Mengen ent-

halten nun aber im Wochenburchschnitt nur etwa 6600 Kalorien, d. h. ungefähr soviel wie ein zweijähriges Kind benötigt. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 200 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200 minus gleich 4600 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigen Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 23 Pf., für eine Frau auf 37 Pf., für einen Mann auf 51 Pf. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Februar 1914 für ein Kind 1,65 Pf., für eine Frau 2,61 Pf., für einen Mann 3,60 Pf. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor sieben Jahren noch billiger, weil insbesondere Brot damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Bornonate werden hier trotzdem für die Vorkriegszeit angesetzt: Kind 1,75 Pf., Frau 2,80 Pf., Mann 3,50 Pf.)

	Preis Februar 1921	Preis Februar 1914
Rationierte Nahrungsmittel	1391	107
3000 Gramm Kartoffeln	890	15
250 " Graupen	140	10
250 " Hafersoden	180	18
125 " Margarine	289	20
Zuf. für ein 6-10 jähr. Kind	2269	165
1500 Gramm Kartoffeln	165	8
250 " Rogge mehl	218	7
250 " Haie foden	180	18
250 " Gemüse	188	18
500 " Speiseöphen	250	22
125 " Margarine	288	20
125 " Marmelade	119	8
Zusammen für eine Frau	3908	261
2750 Gramm G. müse	412	89
250 " Orbsen	180	10
125 " Margarine	288	20
500 " Reis	425	22
125 " Marmelade	119	8
Zusammen für einen Mann	5054	360

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung ein Zentner Britten und für Beleuchtung sechs Kubimeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 Pf. (1913/14: 5,50 Pf.), für Heizung 16,10 Pf. (1,15 Pf.), für Beleuchtung 7,50 Pf. (0,75 Pf.).

Für Kleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleibern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 30 Pf. (2,50 Pf.), Frau 20 Pf. (1,65 Pf.), Kind 10 Pf. (0,85 Pf.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Büchereien, Fahrgebt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 1/4 (1913/14: 1/4) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ghepaar	Ghepaar mit 2 Kind.
Ernährung	51	87	133
Wohnung	9	9	9
Heizung, Beleuchtung	24	24	24
Bekleidung	30	50	70
Sonstiges	37	56	78

Februar 1921	151	226	314
Januar 1921	155	234	323
Dezember 1920	158	238	330
Februar 1920	129	190	254
August 1913/Julii 1914	16,75	22,30	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im Februar 1921 für einen alleinlebenden Mann 25 Pf., für ein kinderloses Ehepaar 38 Pf., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 52 Pf. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 7900 Pf., für das kinderlose Ehepaar 11 600 Pf., für das Ehepaar mit zwei Kindern 16 350 Pf.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum Februar 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,75 Pf. auf 151 Pf., d. h. auf das 9,0 fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Pf. auf 226 Pf., d. h. auf das 10,2 fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 Pf. auf 314 Pf., d. h. auf das 10,9 fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Welt jetzt etwa 10 Pf. wert.

Was unserer Bewegung im Steinbrudgewerbe.

Bei den Firmen Carl Barnede und Max Jovishoff in Halle (Saale), wo circa 70 Mitglieder beschäftigt werden, wurde das Steinbrudpersonal seit mehreren Jahren nach dem Buchbindertarif entlohnt. Nun sind bis Ende Juli 1921 neue Vereinbarungen getroffen worden. Das Lohnabkommen wurde auf Grund des Leipziger Tarifes abgeschlossen. Die Leipziger Löhne werden vom 1. Februar ab mit fünf Prozent Zuschlag für die Männer gezahlt. Die Zahlung erfolgt bis zu

einer neuen Lohnregulierung in Leipzig. Die von der Firma Carl Barnede unter Vorbehalt zugegebene Lohnerböschung kann bei der nächsten Lohnregulierung berücksichtigt werden.

Männliche Hilfsarbeiter:

Steinschleifer	Verheiratet	Lebzig
Hilfsarbeiter über 24 Jahre	229,15 Mk.	222,40 Mk.
" von 21-24 Jahren	218,50	212,60
" " 19-21 "		177,45
" " 17-19 "		156,-
" " 15-17 "		132,60
" bis zum 15. Jahre		103,35
		76,05

Lehrzeit:

Männliche Hilfsarbeiter ein halbes Jahr Lehrzeit, im ersten Vierteljahr 80 Prozent, im zweiten Vierteljahr 90 Prozent der obigen Spartenlöhne.
Steinschleifer (ein Jahr Lehrzeit): im ersten Vierteljahr 90 Prozent, im zweiten Vierteljahr 85 Prozent, im dritten Vierteljahr 90 Prozent, im vierten Vierteljahr 95 Prozent der Spartenlöhne.

Weibliche Hilfsarbeiter:

Offset-Anlegerinnen	136,50 Mk.
Großformat-Anlegerinnen	126,75 "
Kleinformat-Anlegerinnen	122,85 "
Muslegerinnen über 20 Jahre	117,- "
" von 18-20 Jahren	112,15 "
" unter 18 Jahren	102,65 "

Sonstige Hilfsarbeiterinnen:

über 22 Jahre	112,15 Mk.
von 20-22 Jahren	107,25 "
" 18-20 "	92,65 "
" 16-18 "	71,20 "
" 14-16 "	60,45 "

Lehrzeit (Weibliche Hilfsarbeiter):

Hilfsarbeiterinnen, Muslegerinnen (ein halbes Jahr Lehrzeit) im ersten Vierteljahr 80 Prozent, im zweiten Vierteljahr 90 Prozent.

Anlegerinnen (ein Jahr Lehrzeit) im ersten Vierteljahr 80 Prozent, im zweiten Vierteljahr 85 Prozent, im dritten Vierteljahr 90 Prozent, im vierten Vierteljahr 95 Prozent der Anlegerinnenlöhne. Die Löhne sind ab 1. Februar 1921 zu zahlen.

Günstigere Verhältnisse dürfen nicht verschlechtert werden.

Arbeitszeit und Ferien dieselben nach dem heutigen Stande in Anlehnung an den Buchbindertarif bestehen. Bei Aluminiumbronzierern wird pro Stunde 20 Pf. Zuschlag gezahlt. Für das Reinigen der Bronzermaschinen wird stündlich 50 Pf. Zuschlag vergütet.

Außer den genannten Betrieben kommt noch die Firma Felix Protet u. Co. in Frage, die 30 Mitglieder beschäftigt. Zurzeit besteht dort ein Hausarif, aber die Firma hat die Erklärung abgegeben, annähernd die Löhne zu zahlen, welche in den zwei obengenannten Steinbrudereien gezahlt werden.

22 Aus unseren Zahlstellen

Chemnitz. Achtung, Aufbewahren! Endlich können auch wir berichten, daß die Einführung des Reichstarifs in Chemnitz gelungen ist. Allerdings hat die Vereinbarung zu § 4 Abs. 7 nicht geringe Schwierigkeiten. Die Differenz zwischen den früheren und den tariflichen Mindestlöhnen soll durch recht niedrige Aufbesserungen ausgeglichen werden. Dadurch werden besonders die 17- bis 19-jährigen Kollegen und Kolleginnen erst nach längerer Zeit die vollen Sätze des Reichstarifs erreichen. Es war leider nicht möglich, zu verhindern, daß die Zulagen ab 1. Januar mit angerechnet wurden. Zur Informierung geben wir die Vereinbarungen vom Tarifkreis VII bekannt und bitten unsere Mitglieder, sie zu beachten und aufzubewahren. Auch die neuen Beschlüsse des Tarifauschusses bringen wir gleichzeitig den Mitgliedern zur Kenntnis:

Die Wirtschaftsbefehle beträgt für alle über 21 Jahre alten Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen in Orten bis 7 1/2 Prozent Votalszuschlag:

	Auszahlung am 3. Sonntag im Gebr. März April			
für männl. v. 21-24 Jahr.	104,-	85,-	34,50	34,50
für männl. über 24 Jahre	110,50	37,-	37,-	36,50
für weibliche Anlegerinnen	71,50	24,-	24,-	23,50
für die übrigen Hilfsarbeiterinnen	65,-	22,-	21,50	21,50
in Orten über 7 1/2 Prozent Votalszuschlag:				
für männl. v. 21-24 Jahr.	124,80	41,60	41,60	41,60
für männl. über 24 Jahre	132,60	44,20	44,20	44,20
für weibliche Anlegerinnen	85,80	28,60	28,60	28,60
für die übrigen Hilfsarbeiterinnen	78,-	26,-	26,-	26,-

Nach den vom Tarifkreis VII bekanntgegebenen Vereinbarungen sind von den nach der bisherigen Chemnitzer Lohnstaffel zahlenden Firmen folgende Zulagen zu gewähren:

	Auszahlung pro Woche im Gebr. März April			
an männliche Hilfsarbeiter bis 21 Jahre (am 1. 1. 7,50 Mk. Aufbesserung)	2,50	5,-	5,-	5,-
an männliche Hilfsarbeiter von 21-24 Jahren (am 1. 1. 10,- Mk. Aufbesserung)	5,-	5,-	5,-	5,-
an männliche Hilfsarbeiter über 24 Jahre, ledig (am 1. 1. 10,- Mk. Aufbesserung)	2,30			
an männliche Hilfsarbeiter über 24 Jahre, verheiratet (am 1. 1. 12,- Mk. Aufbesserung)	3,-	1,10		
an Anlegerinnen (am 1. 1. 10,- Mk. Aufbesserung)	2,-	3,-		

Die Zulagen von monatlich 5,- Mk. für männliche und 3,- Mk. für weibliche Hilfsarbeiter sind zu zahlen bis zur Erreichung der Lohnsätze des Reichstarifs. Für die Orte des Bezirks, wo ab 1. Januar keine Zulagen gewährt wurden, sind ab 1. Januar die genannten Sätze nachzuzahlen.

Kollegen und Kolleginnen! Wir wissen, daß auch diese Ausgleichsperiode nicht befriedigen können, aber diese Uebergangsperiode muß so überstanden werden. Wir haben endlich eine feste Grundlage. Auch die Empörung der unter 21 Jahre alten Mitglieder ist begründet, daß sie die Wirtschaftsbefehle nicht mit erhalten. Durch die vorstehenden Sätze ist niemand recht befriedigt worden. Wir müssen aber bedenken, daß der Ausgleich nur für die Uebergangsperiode getroffen worden ist und wir damit endlich eine feste Grundlage geschaffen haben. Besonders unzufrieden sind die jüngeren Mitglieder, die keine Wirtschaftsbefehle erhalten. Der völlig ungerechtfertigte Vorrang, die Organisation ist daran Schuld, zeugt von mangelnder Ueberlegung und Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse. Wenn man durchaus einen Schuldigen haben muß, soll man sich gefälligst an die Unternehmer wenden, die ja auch den Genossen unter 21 Jahren die Wirtschaftsbefehle nicht bewilligten. Eine Besserung unserer beruflichen Verhältnisse kann nur durch Einmütigkeit und festen Zusammenhalt erreicht werden. Durch leichtfertige Behauptungen und ärgerliches Belfestehen wird man nichts bessern und ändern können. Auch der Reichstarif hat nur einen Wert, wenn alle Berufsangehörigen fest zur Organisation stehen. Keinem Prinzipal wird es einfallen, die Tarifsätze zu zahlen, wenn die bei ihm Beschäftigten nicht in ihrer Organisation jederzeit Schutz und Unterstützung finden.

Salle (Salle). In der Mitgliederversammlung am 23. Februar erstattete Kollegin Wärtler den Bericht des Gewerkschaftsstariffs, Kollege Schöbe den Bericht des Graphischen Kartells. Kollege Scheibe berichtete über die neuen Zulagen (Wirtschaftsbefehle). Mitglieder unter 21 Jahren gehen dabei leer aus. Dies rief bei den Mitgliedern eine begründete Entrüstung hervor. Nach langer, lebhafter Aussprache wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, durch die der Ortsvorstand beauftragt wird, unverzüglich mit den hiesigen Prinzipalen in Verbindung zu treten und eine Zulage für das übrige Personal zu erwirken. Die Verhandlungskommission wurde sofort gewählt. Die in der Generalversammlung gewählten Kartellbelegerten Kolleginnen Wärtler und Kumpf wurden wieder beauftragt. Die Aufforderung des Zentralvorstandes, unverzüglich die Zeichnung von 1000,- Mk. bei der Produktivgenossenschaft rückgängig zu machen, kam einstimmig zur Ablehnung. Ausgeschlossen wurden wegen Nichterfüllung ihrer Verbandspflichten die Kollegin Zuber und Kollege Müller.

Stuttgart. Generalversammlung am 14. Februar 1921. Kollege Werner widmete dem kürzlich verstorbenen 1. Vorsitzenden des A. D. G. B., Karl Regien, sowie den verstorbenen Kolleginnen Berta Krämer und Lina Lang einen warm empfundenen Nachruf. In kurzen Worten zeichnete er die großen Verdienste Regiens um die deutsche Arbeiterbewegung. Die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen in der üblichen Weise. Nach Bekanntgabe einiger geschäftlichen Mitteilungen ging er dann auf den Antrag des Ausschusses, den Kollegen Theodor Wicker und die Kollegin Magdalena Wörner von der Deutschen Verlagsanstalt wegen unkollegialen Verhaltens aus dem Verband auszuschließen, ein. Nach einer kurzen Debatte stimmte die Versammlung dem Antrag des Ausschusses einstimmig zu. In fernem nachfolgenden Geschäftsbericht gab Kollege Werner dann als Vorsitzender und Gauleiter ein anschauliches Bild von der Arbeit, die im vergangenen Jahr in Stuttgart und im Gau zu leisten war. Die Einführung des Reichstarifs ist mit wenigen Ausnahmen in allen Orten des Gauces glatt gegangen. Im Steinbrud versuchten wir, den Stuttgarter Buchdrucktarif auch zur Einführung zu bringen. Dies scheiterte aber bisher am Widerstand der Prinzipale, trotzdem wir eingemalene den Schlichtungsausschuß anriefen. Durch fortwährende Bemühungen haben wir aber auch hier nennenswerte Fortschritte gemacht, so daß wir nur noch wenig hinter den Buchdrucktarif zurückbleiben. Ein am 7. Januar 1921 vom Schlichtungsausschuß gefällter Schiedsspruch wurde unter Einwirkung einer Beschwerde an das Arbeitsministerium von den Prinzipalen abgelehnt - aber trotzdem bezahlt. Wir haben beim Arbeitsministerium Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches beantragt. Die hier angebotenen Bewegungen verlangten eine große Arbeit von uns. Es fanden statt: 32 Sitzungen, 16 Versammlungen in Stuttgart, 43 in den Gauroten, 6 Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß, 57 Verhandlungen mit den Prinzipalen, 5 Vertrauenspersonensitzungen, 11 Geschäftsversammlungen, 9 Sitzungen des Graphischen Kartells, 2 Konferenzen und 4 fremde Versammlungen mußten besucht werden. Verbands- und Gaugtag fanden ebenfalls im Geschäftsbericht Erwähnung. In kurzen Worten dankte Kollege Werner den Funktionären für ihre rege Mitarbeit. Den Kassenbericht erstattete Kollege Koferte. Wir hatten eine Gesamteinnahme von 71.286,- Mk. An die Hauptkasse wurden von Stuttgart 23.189,71 Mk. gesandt. An Krankengeld wurden 4136,65 und an Arbeitslose 1074,50 Mk. ausbezahlt. Die Kassa hatte eine Einnahme von 21.704,80 Mk., dem eine Ausgabe von 15.035,78 Mk. gegenübersteht. Das Kassaergebnis beträgt demnach 6639,04 Mk. Der Antrag auf Entlastung des Kassierers wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Die Neuwahlen zeigten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Hugo Werner, Kassierer Arno Koferte, Beisitzer Sophie Wurr, Anna Mayer, Marie Zos, Pauline Mayer, August Kopp, Otto Kail und Jakob Spingler. (Der 2. Vorsitzende sowie der Schriftführer werden aus der Reihe der Weisiger in der ersten

Sitzung der Ortsverwaltung gewählt.) Tarifschiedsgericht: Emil Weisger, Arno Koferte, Marie Zos und August Kopp. Ersatzleute: Heinrich Zimminger und Gottlieb Walz. Graphisches Kartell: Max Bauer, Marie Zos und Hugo Werner. Gewerkschaftsstariff: Albert Braun, Arno Koferte und Emil Weisger. Nebisoren: Heinrich Zimminger und Gottlieb Walz. Folgender Antrag fand einstimmige Annahme: Die Ortsverwaltung wird beauftragt, in tunlichster Weise Material aus anderen Orten zu sammeln zwecks Einführung eines Krankengeldes aus Ortsmitteln als Zusatz zum Verbandskrankengeld. Die Einführung ist möglichst ab 1. April 1921 in Aussicht zu nehmen. Im Verchiedenen gab Kollege Werner dann noch die neue Wirtschaftsbefehle bekannt. Daran entspann sich noch eine lebhafte Debatte, woran sich die Kollegen Weisger, Werner und Bauer beteiligten. Ein Schlußantrag machte der Aussprache ein Ende. Mit einigen auferhebenden Worten an die Mitglieder, sich auch im kommenden Jahre recht regen am Verbandsleben zu beteiligen, schloß Kollege Werner die Versammlung.

Rundschau

Die Einheitsfront des Proletariats herzustellen, geben bekanntlich die Anhänger Moskows vor. Mit welchen Mitteln sie zu dem Zwecke in unserm Verband tätig sind und wie die geistigen Waffen aussehen, mit denen sie die Hilfsarbeiterchaft bearbeiten, zeigt ein Vortrag aus der letzten Generalversammlung unserer Leipziger Zahlstelle. Dort mußten die Wahlen der Vorstandsmitglieder und Revisoren, sowie der Kartellbelegerten vorgenommen werden. Die Wahlvorschlüsse waren vorher von den Funktionären ergänzt und zusammengestellt. Dabei hatten auch die Kommunisten mitgewirkt, von denen einige Mitglieder aufgenommen waren. In der Versammlung brachten die Herren aber plötzlich eine andere Liste, die sie mit den üblichen Mitteln anpriesen und durchzubringen versuchten. Schon bei dem Kartellbericht der Kollegin Alex legte der Lärm und eine wilde Beschimpfung ein. Der A. D. G. B. Hauptling Karl Engelmann hatte sich hinter das Rednerpult platziert. Nachdem die Rednerin ungefähr 20 Minuten gesprochen hatte, wurde sie von Engelmann fortgesetzt unterbrochen und beschimpft und schließlich durch die Drohung: „Mach dich runter, sonst fliegst du runter!“ genötigt, abzubrechen. Einer Diskussionsrednerin, die sich über die fortgesetzten Mißgeschehen beschwerte, rief Engelmann zu: „Du Wackelknecht, du Scheuerlappen, mach dich runter, sonst gaue ich dir eine in die Freije!“ Dem Vorstehenden, der E. zurechtwies, rief dieser zu: „Warte nur. Wenn du rauskommst, gibt es eine Uebreibung!“ Zu dieser Uebreibung ist es zwar nicht gekommen, denn der jämmerliche Burche ist ebenso feig wie ungebildet. Aber der Erfolg dieser Mißgeschehen, die von den Gefinnungsgenossen Engelmanns natürlich mit dem nötigen Lärm begleitet wurden, war, daß eine völlige Verwirrung entstand und die meisten der Anwesenden, angeleitet von dem widerlichen Gebaren der kommunistischen „Zelle“ vorzeitig die Versammlung verließen. Von den etwa 1000 Besuchern waren nur etwas über 500 Stimmzettel abgegeben, obwohl den vorher Besagenden zum Teil noch die Zettel abgefordert waren.

Diese Versammlungstatistik wenden die Verbandsfunktionäre auch an anderen Orten an. Sie eifern die Mitglieder zum Saale hinaus und verleiben ihnen durch fortgesetzte Beschimpfungen und Verleumdungen das Wiederkommen. So sind sie dann halb unter sich und bringen ihre Anträge und Entschlüsse zu Annahme. Das darf für die Folge nicht so weiter gehen. Unsere Mitglieder müssen diesen Abnabehenden energisch entgegenreten, denn der einzige „Erfolg“ der Kommunisten wird die Zerstörung und Spaltung der Organisation sein.

Das Betriebsbilanzgesetz. Das Betriebsbilanzgesetz ist am 1. Februar in folgender Fassung in Kraft getreten:

§ 1. Die nach § 72 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 vorzulegende Betriebsbilanz muß nach den für das Unternehmen geltenden gesetzlichen Bilanzgrundsätzen die Bestandteile des Vermögens und der Schulden des Unternehmens der Art ersehen lassen, daß sie für sich allein und unabhängig von anderen Urkunden eine Uebersicht über den Vermögensstand des Unternehmens gewährt. Das dem Unternehmen nicht gewidmete Vermögen des Unternehmers bleibt hierbei außer Betracht.

§ 1a. Zur Erläuterung der Betriebsbilanz ist über die Bedeutung und Zusammenhänge der einzelnen Bilanzposten Auskunft zu geben. Auf wesentliche Veränderungen, die im Geschäftsjahre vorgekommen sind, ist hinzuweisen. Sind Aktiva oder Passiva im Laufe des Geschäftsjahres aus dem Betriebsvermögen dem Nichtbetriebsvermögen oder aus dem Nichtbetriebsvermögen dem Betriebsvermögen zugeführt worden, so sind sie bei der Vorlegung der Betriebsbilanz in einer besonderen Aufstellung anzudeuten.

Gebühren zu einem Unternehmen mehrere Betriebe, so muß bei Vorlegung der Betriebsbilanz, soweit es die Eigenart des Unternehmens und der dazu gehöriger Betriebe gestattet, die Geschäftsfrage der einzelnen Betriebe erläutert werden.

§ 2. Das Recht, die Vorlegung und Erläuterung der Betriebsbilanz zu verlangen, steht neben dem Einzelbetriebsräten auch dem Gesamtbetriebsrate zu.

§ 3. Auf die nach § 72 des Betriebsrätegesetzes vorzulegende Betriebsbilanz und -verrechnung sind die Vorschriften der §§ 1 und 2 entsprechende Anwendung.

§ 4. Die Vorlegung und Erläuterung einer Betriebsbilanz, sowie einer Betriebsbilanz- und Verlust

Verordnung können erstmalig für das letzte vor dem 1. Januar 1921 abgelaufene Geschäftsjahr verlangt werden.

Neue Zeuzerungszulagen für die Arbeiter und Arbeiterinnen in Schriftgießereien wurden vom Tarifausschuß der Schriftgießer mit Wirkung vom 1. Februar beschlossen. Dem Deutschen Schriftgießertarif sind auch die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen unterstellt. Die Tariflöhne wurden durchschnittlich um 10 bis 40 Pf. pro Stunde erhöht. Die angelernten Arbeiter, die eine zweijährige berufliche Tätigkeit nachweisen und selbständig im Betriebe arbeiten können, erlangen nach der neuen Vereinbarung 218,40 M., 257,60 M. und 254,40 M. wöchentlich. Die Löhne sind nach drei Altersstufen gegliedert und beziehen sich auf Arbeiter bis zu 21, von 21 bis 25 und über 25 Jahren. Ledige erhalten in den ersten beiden Klassen 30 Pf. in der 3. Klasse 5 Pf. pro Stunde weniger. Der Lohn der ungelernen Arbeiter ist nach fünf Altersklassen abgestuft und bewegt sich in Höhe von 139,20 M. in der niedrigsten bis zu 218,40 M. in der höchsten Klasse. Auch bei ihnen ist der Stundenlohn für Ledige 5 bis 25 Pf. niedriger. Für die Arbeiter eintreten sind nicht nur drei Altersklassen vorgesehen, ihr Lohn ist außerdem gegliedert nach sechs Berufs Jahren. In der untersten Klasse (bis zum 15. Lebensjahr) bewegt er sich zwischen 160,80 M. und 141,60 M. Die zwischen 15 und 18 Jahre alten Kolleginnen werden nach dem ersten Berufsjahre mit 115,20 M. und nach dem sechsten mit 156,- M. entlohnt. Die entsprechenden Zahlen für die 3. Altersklasse sind 122,40 M. und 163,20 M. Sämtlichen Arbeitern werden außerdem Familienzulagen gezahlt, und zwar für jedes eheliche Kind unter 14 Jahren 10,- M. wöchentlich. Zum Ausgleich der teureren Lebenshaltung kommt zu den Löhnen in Berlin, Hamburg und Dresden noch ein Zuschlag von 14,10 M. wöchentlich, in Frankfurt a. M. und Offenbach 9,60 M. Der Schriftgießertarif läuft am 30. September d. J. ab, so daß noch im Laufe des Sommers neue Verhandlungen nötig sind.

Der Arbeitsmarkt im Monat Januar ließ nach den statistischen Erhebungen noch immer keine Zeichen der Besserung erkennen. Das Reichsarbeitsblatt konstatiert über das Gegenteil. Die Zahl der unterfüglichen Erwerbslosen, der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder und der Arbeitsgelohe bei den öffentlichen Arbeitsnachweiser hat sich weiterhin vermehrt. Bei den unterfüglichen Voll-Erwerbslosen betrug die Steigerung im Januar 22 340 oder 5,5 v. H. Insgesamt wurden am 1. Februar 432 318 Voll-Erwerbslose gezählt, die zu unterfüglichen waren. Diese Verschlechterung entfiel fast ausschließlich auf die männlichen Erwerbslosen, deren Zahl um 22 220 oder 6,6 v. H. stieg, während die weiblichen Erwerbslosen nur ein Mehr von 170 aufzuweisen hatten.

Auch die Statistik der Fachverbände läßt eine Steigerung der Arbeitslosigkeit der Mitglieder erkennen. 39 Verbände mit 5 707 717 Mitgliedern hatten am 31. Januar 232 668 Arbeitslose, d. h. 4,4 Prozent gegen 4,1 Prozent am Jahresluß. Die Steigerung war hier bei männlichen und weiblichen Mitgliedern gleichmäßig. Am stärksten ist die Arbeitslosigkeit gestiegen im Bau-, Spinnstoff- und Lehrergewerbe. In welchem Verband ist nach den statistischen Feststellungen die Arbeitslosigkeit etwas zurückgegangen. Das trifft übrigens für alle Organisationen in graphischen Gewerbe zu mit Ausnahme des Buchbinderverbandes. Bei den Hilfsarbeitern waren am Ende der letzten Woche des Januar 507 Mitglieder (167 männliche und 340 weibliche) ohne Beschäftigung, auf 100 vom Bericht erfasste Mitglieder entfielen 1,9 Arbeitslose gegen 2,1 im Dezember.

Die Erfindung der Zeitungs-Einstichmaschine hatte die Berliner Firma Miskin u. Co. durch ein Preisanschreiben angeregt und dafür Preise im Gesamtwert von 30 000 M. ausgesetzt. Aus dem jetzt bekannt gewordenen Entschluß der Preisrichter ist zu entnehmen, daß der erste Preis für die beste Konstruktion einer derartigen Maschine je zur Hälfte auf die Herren

A. Kunz Leipzig Meuditz und J. Kammer Leipzig Kienitzschoner gefallen ist. Unter den Preisträgern befindet sich auch der Notationsmaschinenmeister Walter Grunewald aus Neudöhlen. Mit der Ausfertigung der Rangliste in den Zeitungs-Größereinheiten würde ein nicht geringer Teil unserer Kollegen belohnt werden.

2 Eingegangene Druckschriften

Proletarierjugend und Theater. Von Gerhart Zeger. Preis 2,50 M. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin C. 2.

In dieser Schrift legt der Verfasser dar, in welcher Weise die Arbeiterjugend sich mit dem Theater bekannt machen kann. In einer Skizze der Entwicklung des Theaters, die vom Standpunkt der historisch-materialistischen Gesamtaufassung aus geschrieben ist, wird gezeigt, aus welchen Anfängen und in welcher Weise das heutige Theater entstanden ist. Im zweiten Kapitel erörtert der Verfasser, der selbst sowohl in der Jugendbewegung als auch in der Volksbühnenbewegung tätig war, die praktischen Möglichkeiten, die sich für die Proletarierjugend auf diesem Gebiete ergeben. Gerade wegen dieser Darlegung empfiehlt sich die Schrift besonders für die Jugendorganisationen, die unmittelbar in der Lage sind, praktische Arbeit zu leisten. Jugendorganisationen gewährt der Verlag Preisermäßigung.

Die sozialistische Gemeinde Nr. 5 ist soeben erschienen. — Die sozialistische Gemeinde erscheint zweimal monatlich. Preis der Einzelnummer 1,- M., vierteljährlich 6,- M. Bestellungen bei allen Postanstalten und Buchhandlungen.

Dr. Max Adler: Engels als Denker. Zum 100. Geburtstag Friedrich Engels. 89 Seiten. Preis 8 M. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Berlin C. 2.

Am 28. November hat die Arbeiterklasse der ganzen Welt den 100. Geburtstag ihres großen wissenschaftlichen Vorämpfers Friedrich Engels gefeiert. Von allen erkannt, ist bei dieser Gelegenheit wiederum deutlich geworden, daß seine großen wissenschaftlichen Leistungen und sein praktisches Wirken in der Arbeiterbewegung überall voll gewürdigt wird. Lange Zeit aber ist die selbständige geistige Bedeutung von Engels erkannt worden, eine Folge seiner außerordentlich großen Reifeidenschaft, die ihn immer hinter Marx hat vordringen lassen.

Die Schrift von Dr. Max Adler, der sich durch seine Studien über den Marxismus in der wissenschaftlichen Welt einen geachteten Namen verschafft hat, stellt die Leistungen von Engels in das richtige Licht. Sie untersucht eingehend die Eigenbedeutung Engels und seine großen Verdienste um die Ausübung der marxistischen Lehren. Sie ist deshalb gerade gegenwärtig, wo das Zerkorn des Sozialismus angebracht ist, um die Einsicht in seine Notwendigkeit zu wecken, eine wertvolle Bereicherung der sozialistischen Literatur.

„Agrarfrage und der Sozialismus“. Von Alexander Zitelin. (Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin C. 2. Preis 2,20 M.)

Einen Taschen-Notiz-Kalender gibt in diesem Jahre erstmalig der Allgemeine freie Angestelltenbund, Afa-Bund, heraus. Auf kleinem Raum zusammengefaßt, bietet er eine Fülle von Material. Er kann als einer der besten und handlichsten Taschenkalender dieses Jahres angesehen werden. Der Kalender ist zum Preise von 2,- M. ausschließlich Porto vom Verlag des Afa-Bundes, Berlin NW. 52, Werderstr. 7, zu beziehen.

Briefkasten.

C., Gotha. Artikel kann nicht aufgenommen werden. Straubing. Sie haben vergessen, den Namen des Kollegen anzugeben. Besten Gruß.

Abrechnungen

Das 4. Quartal haben abgerechnet: •

Gau 1: Berlin 1889,15, Bochum 1451,15, Bonn 1183,03, Dortmund 2090,05, Euren 1653,20, Düsseldorf 9549,15, Duisburg 1590,75, Eberfeld 8505,25, Essen 4003,30, Gelsenkirchen 1694,30, Gummerbach 171,70, Hagen i. B. 875,32, Hamm i. B. 255,-, Hattingen 108,80, Herne 187,20, Herten 983,20, Kempen 1051,95, Krefeld 104,55, Köln 15 704,25, Mülheim 1243,55, Mülheim 402,55, Mülheim-Nuhr 857,60, M.-Gladbach 299,90, Wülfrath 83,-, Remscheid 347,30, Solingen 199,75, Weyhe 214,-, Zeelen i. B. 78,20, Solingen 1324,20, Trier 735,20, Wesel 332,20 M.

Gau 7: Brandenburg 1704,80, Cottbus 1052,60, Danzig 3349,50, Eberswalde 817,73, Elbing 604,60, Forst 505,55, Frankfurt a. O. 1710,28, Guben 231,45, Königsberg —, Neubrand 596,65, Neuruppin 395,55, Potsdam 145,58, Zoran 561,32, Spandau 593,58, Stargard 211,20, Stettin 3378,50, Tilsit 1339,35, Zossen 1007,-, Einzelzahler 315,95 M.

S. S. o. b. a. h. l.

Anzeigen

Unserer lieben Kollegin Luise Göris und Gemahli die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Kolleginnen und Kollegen der Zastelle Duisburg.

Die besten Glückwünsche unserem Kollegen Karl Kakenberger nebst Gemahlin zur silbernen Hochzeit. Die Kollegenschaft der Zastelle Sögier.

Sterbetafel



Nach langem Kranklager entstief am 28. Februar 1921 unser lieber Kollege, der Hilfsarbeiter

Dito Ernst Wildt
(i. Fa. D. Brandtler).

Am 28. Februar 1921 verstarb nach kurzem Krankenlager im Krankenhaus St. Georg unsere liebe Kollegin, die Hilfsarbeiterin

Frieda Müller
(i. Fa. S. F. Jütte)

im 25. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt den Verstorbenen

Die Zastelle Leipzig.

Am 1. März 1921 verstarb nach langem, schwerem Leiden unsere Kollegin und langjährige Vertrauensperson

Katharina Laib

(i. Fa. Anton Deutsche Verlagsgesellschaft). Die Verstorbene hat in sich vorbildlicher Weise für das Wohl der Kollegenschaft gewirkt. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

Die Kollegenschaft der Firma und die Zastelle Stuttgart.

Zeilschuldverschreibungen

der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg

Jederzeit erhältlich in Stücken zu 500, 1000, 5000 und 10000 Mark

Verzinsung im Jahr

5 1/2 %

Gebuchte Bedingungen sind in allen Consumvereinen zu haben oder abzufordern bei der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg 1, Besendinderhof 52